

DER MITGLIEDSBEITRAG FÜR DAS JAHR 1975

Diejenigen Mitglieder, die einen Jahresbeitrag über 2,— DM bezahlen und ihn bisher noch nicht entrichtet haben,
werden gebeten, den Beitrag für 1975 recht bald zu überweisen.

Konten: Nr. 13 862 Sparkasse Nordfriesland Husum
 Nr. 114 07-206 Postscheckamt Hamburg

SITZ DER GESCHÄFTSSTELLE

Unsere Geschäftsstelle in Husum ist von der Theodor-Storm-Straße 9 nach Osterende 46 verlegt worden. Der Fernsprechanschluß (0 48 41) 24 23 bleibt bestehen. Außerhalb der Geschäftszeit ist der Geschäftsführer Harms unter (0 48 41) 49 02 fermündlich zu erreichen.

WAS DIESES HEFT BRINGT

	Seite
<i>Ernst Beier</i> Die Aufgabe bleibt.....	37
<i>Gerd Vaagt / Hans Friedrich Schütt</i> Die Zeit der nationalen Auseinandersetzung um Schleswig.....	40
<i>Gerhard Beier</i> Arbeiterbewegung in Nord- und Mitteleuropa zwischen nationaler Orientierung und Internationalismus	49
<i>Philipp Iwersen</i> Vom Standpunkt zum Standort	53
<i>Johannes Moritzen</i> Abschiednehmen und Wiederkommen	59

JOHANNES MORITZEN, geb. in Aventoft als Sohn des Küsters und Lehrers M. Moritzen; Besuch der Domschule in Schleswig, Abitur 1910; Studium der Theologie in Straßburg/Elsaß und Kiel; 1913 Ausbildung in den Predigerseminaren Preetz und Hadersleben; 1915 kurze Zeit Soldat, dann Pastor in Jels und ab 1920 in Krusendorf, Kreis Eckernförde; 1929 Pastor und Seelsorger an den Universitätskliniken und der Psychiatrischen und Nervenlinik zu Kiel; 1937 durch nationalsozialistische Klinikdirektoren Hausverbot und zwangsversetzt nach Friedrichstadt a. d. Eider; 1946 nach Schönkirchen, Propstei Kiel, zurückgekehrt; seit 1956 im Ruhestand in Schleswig.

*

GERHARD BEIER, geb. 1937 in Flensburg; Promotion 1966 in Kiel; anschließend Schulungsleiter der IG Druck und Papier in Springen/Taunus; danach Bundestutor für politische Bildung beim Deutschen Volkshochschulverband in Frankfurt/Main; z. Z. wissenschaftlicher Mitarbeiter. Veröffentlichungen zur Sozialgeschichte und politischen Bildung.

GERD VAAGT, geb. 1929 in Flensburg; dort Abitur am Alten Gymnasium; Studium an den Universitäten Kiel und Marburg; Veröffentlichungen zur schleswig-holsteinischen Landesgeschichte und Flensburger Stadtgeschichte, u. a. Mitautor des Buches „Flensburg, Geschichte einer Grenzstadt“; Leiter der Kooperativen Gesamtschule Flensburg-Adelby.

*

PHILIPP IWERSEN, geb. 1938 in Tingleff; Besuch der Volksschule; Internatslehrgänge; Landwirtschaftslehre; staatlich geprüfter Landwirt; Studium in München; Studienreferendar in Sörup/Schleswig; Studienrat für gewerblichen Unterricht; Lehrer an der Nachschule Tingleff seit 1968.

*

HANS FRIEDRICH SCHÜTT, Archivdirektor, Leiter des Stadtarchivs Flensburg.

F o t o s : Dr. Hans Peter Johannsen

Die Grenzfriedenshefte erscheinen vierteljährlich und werden herausgegeben vom Grenzfriedensbund. Bezugspreis für V 3339 F 2,— DM, für V 3340 F 1,— DM jährlich.

Für die mit Autorennamen versehenen Beiträge zeichnen die Verfasser verantwortlich.

Redaktion: Ernst Beier, 239 Flensburg, Waldstraße 40.

Geschäftsstelle: Husum, Osterende 46

Druck: Severin Schmidt GmbH & Co., Graphische Werke, Flensburg.

GRENZ- FRIEDENS- HEFTE

DIE EUROPÄISCHE AUFGABE DER MINDERHEITEN

Nicht die ängstliche Abschließung gegenüber der andersvolklichen Umwelt — auch wenn es dieser oft noch an Verständnis, ja selbst an einem Minimum guten Willens fehlt — und nicht der Rückzug ins selbst gewählte Getto kann die Minderheiten auf ihre europäische Zukunft vorbereiten. Die energische Verteidigung des eigenen Erbes sollte kein Hindernis sein, daß eine Volksgruppe auch heute schon die Situation, in die sie nun einmal gestellt ist, für die Aufgabe der Mittlerschaft und der Vermittlung nutzbar macht — auch wenn die Hemmungen und Hindernisse erst im Laufe der europäischen Entwicklung ganz wegfallen werden. Selbstbehauptung ist eine Notwendigkeit, Selbstisolierung aber eine Gefahr auch heute schon. Nur der möglichst allseitige Ausbau auch der geistigen Bezüge und Bindungen zum Staatsvolk, das stete Bemühen um einen Brückenschlag ohne jede Verleugnung der eigenen Tradition und Wesensart kann mit der Zeit die bestehenden Spannungen beseitigen helfen und damit auch die Felsbrocken auf dem Weg nach Europa wegrollen.

Die Minderheiten müssen sich bewußt werden, daß sie nicht die Nutznießer der erwünschten (und für sie lebenswichtigen) europäischen Entwicklung sein können, wenn sie nicht bereit sind, diese Entwicklung im Rahmen des Möglichen und selbst unter Akzeptierung gewisser Risiken vorwärtszutreiben und in ihrem eigenen Verhalten vorwegzunehmen, statt sich als Insassen eines nach außen abgesperrten Naturschutzparkes zu etablieren.

FRITZ RENÉ ALLEMANN

in seinem Vortrage auf der Mitgliederversammlung 1975 des Grenzfriedensbundes

*

Schleswig ist ein Raum, in dem zwei Kulturströme aufeinanderbrandeten und zu einer nationalen Auseinandersetzung führten, die über ein ganzes Jahrhundert andauerte. In unseren Jahrzehnten hat sich das heftige Gegeneinander in ein friedliches Miteinander gewandelt, getragen und gefördert aus der gemeinsamen Erkenntnis, daß in einem Gebiet, wo zwei Lebensströme sich treffen, ein fairer Wettstreit beider Kultureinrichtungen, mit der deutschen sowie der dänischen Sprache, zu einer Bereicherung des Grenzlandes führt. Diesen Wert unserer Heimat wollen und dürfen wir nicht vernachlässigen. Gerade das Bewahren von zwei Kulturströmen in einem Grenzraum ist eine Voraussetzung, wenn die Europäische Gemeinschaft ein voller Erfolg werden soll.

Die Herbergstaaten von nationalen Minderheiten haben hier eine Verpflichtung auf sich genommen, die Toleranz, aber auch Feingefühl in der Gesetzgebung voraussetzt, wenn dieses Ziel erreicht werden soll.

Da in der Europäischen Gemeinschaft die heutigen Staatsgrenzen zu Verwaltungsgrenzen werden und das Wohnrecht sowie die Wahl des Arbeitsplatzes in Zukunft nicht mehr von einer Staatsgrenze behindert werden, wird es immer ein Gebiet sein, in dem zwei Sprachen und zwei Kulturen sich treffen. Diese von der Europäischen Gemeinschaft gewünschte Entwicklung bestätigt die Existenzberechtigung von Volksgruppen und gewährt die Garantie für gegenseitiges Verständnis bei Bewahrung der nationalen Eigenständigkeit. Das hat die Entwicklung im deutsch-dänischen Grenzraum in den letzten Jahrzehnten gezeigt.

GERHARD SCHMIDT

in seiner programmatischen Rede zum Knivsbergfest 1975

Die Aufgabe bleibt

September! Der Strom der Ferienreisenden nach Norden und nach Süden über die deutsch-dänische Grenze hinweg ist verebbt. Man wird festgestellt haben, daß auch jenseits der Grenzpfähle Menschen leben wie du und ich, Menschen, deren Sorgen und Freuden die gleichen wie die eigenen sind. Man wird konstatiert haben, daß dieser Landstrich zwischen Königsau und Eider, zwischen Nord- und Ostsee ein friedlicher ist trotz verschiedener staatlicher und volklicher Zugehörigkeit seiner Bewohner. Man wird sagen, daß man nett zueinander gewesen und gut miteinander ausgekommen ist. Es sei also jenseits der Grenze nicht viel anders als daheim und außer vom Essen und Trinken und vom Wetter und von der Landschaft nichts Sonderliches zu vermelden. — Wirklich nicht?

Ein inzwischen im Schleswigschen heimisch Gewordener, Rolf Heinrich Wecken vom Studio Flensburg des NDR, der von Berufs wegen gehalten ist, genauer hinzuhören und hinzusehen, hat die Erfahrung gemacht, daß man in diesem eigentümlichen Gebiet des alten Herzogtums Schleswig, diesem Grenz- und zugleich Begegnungsbereich zweier Völker und Staaten, etliche Jahre gelebt haben muß, um einen Einblick in die komplizierte soziale, geistige und politische Struktur dieses Landstrichs und ihrer geschichtlichen Voraussetzungen zu gewinnen. Ein Einblick, der dem Feriengast schon aus Zeitgründen verwehrt ist und dem man ein vereinfachtes und generalisierendes Urteil darum nicht verargen kann.

Wie aber steht es mit dem Urteil manches Einheimischen, desjenigen, der es eigentlich wissen müßte und doch der gleichen Meinung wie der Feriengast ist, daß in den Beziehungen herüber und hinüber über die Grenze, daß in dem durch viele Jahrzehnte hindurch stark vom nationalen Bekenntnis geprägten sozialen Gefüge Schleswigs heute eigentlich alles in bester Ordnung und zu tun fast nichts mehr übrig sei? Man also getrost sich seinen Alltagssorgen zuwenden und das Nationale den Professionels der beiden volklichen Minderheiten und der Grenzverbände, diesen Überständigen einer überlebten Zeit, überlassen könne. Da auch von offizieller wie von nichtoffizieller Seite in bezug auf das Grenzland und seine Minderheitenordnung gern von einem Modellfall gesprochen wird, sieht der „Mann auf der Straße“ das Nationale nicht mehr als ein Problem an, daß auch ihn angeht und nach wie vor seinen Alltag beeinflusst. Die Sorgen des Tages liegen eben näher, ganz im Gegensatz zu der Zeit vor dreißig Jahren, als die Frage einer möglichen Veränderung der gegenwärtigen deutsch-dänischen Staatsgrenze, die

Frage der nationalen Zukunft Schlesiens jedem auf den Nägeln brannte und als eine entscheidende Frage der eigenen Existenz empfunden wurde.

Das ist zum Glück einmal gewesen. Heute geht es um das Problem der sinnvollen Eingliederung der beiderseitigen volklichen Minderheiten in die gesellschaftliche Struktur des Staates, in dem sie leben, und zugleich um die Aufrechterhaltung der Verbindungen zu dem Volke und Staate, dem eigentlich ihre Zuneigung gilt. Das ist eine komplizierte gesellschaftliche und psychologische Situation, die zu bewältigen aller Anstrengungen bedarf. Sie ist in dem Podiumsgespräch auf der Jahrestagung 1975 des Grenzfriedensbundes von dem stellvertretenden Flensburger Stadtpräsidenten Artur Thomsen wie folgt beschrieben worden:

„Ich habe den Eindruck, daß es nicht nur generell ein deutsch-dänisches Verhältnis gibt. Im Alltag wird uns viel zuwenig deutlich, daß wir es hier an der Grenze eigentlich mit vier Gruppierungen zu tun haben. Wir müssen die deutsche Mehrheit und die dänische Minderheit südlich der Grenze als zwei Gruppen sehen, die nebeneinanderleben, und ganz deutlich davon unterschieden die dänische Mehrheit und die deutsche Minderheit nördlich der Grenze. Da kann man nicht einfach deutsch und deutsch auf beiden Seiten der Grenze einander gleichsetzen und umgekehrt dänisch und dänisch.

Diese Sachlage, die, wenn man dazu außerdem die notwendige Unterscheidung zwischen Staat und Gesellschaft trifft, noch viel komplizierter ist, sowohl sachlich als auch psychologisch, beschäftigt verständlicherweise vorrangig die jeweiligen Minderheiten, wie die bei den jungen deutschen Nordschleswigern besonders intensiv geführte Debatte um die Identität der Volksgruppe es beweist. Eine Debatte, die aber auch im Kreise der dänischgesinnten Südschleswiger geführt wird. Bedauerlich ist es dabei, daß die beiden Minderheiten gewollt oder auch ungewollt bei der Erörterung dieser Problematik weitgehend unter sich bleiben, nur mit ihresgleichen und sehr begrenzt und reserviert mit anderen über sich reden. Ich meine das Gespräch mit den volklichen Mehrheiten und dieser wieder mit den Minderheiten, aber auch das der beiden Minderheiten miteinander über die Bedingungen ihrer Existenz. Denn das nationale Neben- und Miteinander im Grenzlande geht uns alle an und sollte die gemeinsame Sache und Aufgabe aller sein. Daß dies schwierig und die Last der Geschichte dabei auch heute noch von Bedeutung ist, zeigt ein Blick in die bisher erschienenen Jahrgänge der Grenzfriedenshefte und besonders auch in das nun vorliegende Heft 3/1975.

Ein neues Verhältnis zwischen den Völkern, die innerhalb der gleichen Grenzen als Majorität und Minorität nebeneinander leben und miteinander leben sollten, setzt nicht nur ein

Maximum an Rücksichtnahme des Staates (und der gesellschaftlichen Majorität) auf Eigenart und Bedürfnisse seiner andersvolklichen Bürger voraus, um deren unvermeidliche Benachteiligungen so weit wie möglich aufzuheben oder wenigstens zu kompensieren. Dazu gehört auch die Bereitschaft dieser Minderheit, sich bei aller entschiedenen Wahrnehmung ihre Rechte und beim unbedingt nötigen Kampf um die eigene Selbstbehauptung doch mit dem Staat, der mit seinem Entgegenkommen auch der ihre zu werden strebt, zu identifizieren. Erst wenn dieser Punkt einmal erreicht ist, können wir wirklich von einer geglückten Lösung des Minoritätenproblems sprechen — hier und anderswo.

FRITZ RENÉ ALLEMANN (im Grenzfriedensheft 2/1975)

Die Zeit der nationalen Auseinandersetzung um Schleswig

Ein Blick auf 150 Jahre Grenzlandgeschichte

Bis zum Jahre 1864 gehörten die Herzogtümer Schleswig und Holstein dem dänischen Gesamtstaat an. Die Grenze zwischen dem Königreich Dänemark und dem Deutschen Bund verlief an der Eider, so daß der dänische König als Herzog von Holstein deutscher Bundesfürst war. Kulturelle und geistige Verbindungen zum deutschen Lebensraum prägten Sprache und Kultur der Herzogtümer, natürlicherweise nach Norden hin sich abschwächend, da hier dänisches Erbe und dänische Ausstrahlung wirksam waren. Das nationale Erwachen ab 1830 zerstörte die geschichtlich gewachsene Gemeinsamkeit der Bevölkerung des Herzogtums Schleswig, ihren regionalen Patriotismus und ihr Treueverhältnis zur dänischen Krone, da im Prozeß der nationalen Bewußtseinsbildung entgegengesetzte Entscheidungen fielen: hier dänisch, da deutsch.

Der ideologisierte Nationalismus wirkte konfliktfördernd auf die Menschen dieses Raumes, die, getragen von einem neuen Selbstbewußtsein, frühere Bindungen aufzugeben bereit waren, denn die nationale Integration erwies sich als stärker.

Nach dem Scheitern der schleswig-holsteinischen Erhebung (1848 bis 1851) — die dänische Geschichtsschreibung nennt sie „Aufruhr“, so meiden beide Seiten das Wort „Revolution“ —, mißlang die eiderdänische Politik einer Einverleibung des Herzogtums Schleswig in Dänemark während der Jahre 1851 bis 1863. Außenpolitisch war diese Politik nicht durchführbar, weil Versprechen der dänischen Regierung dagegenstanden, die von den europäischen Großmächten garantiert waren; innenpolitisch gelang eine bleibende Danisierung durch Verwaltungsmaßnahmen und Sprachverordnungen in Mittelschleswig nicht. Staatlicher Machtwille scheiterte, weil große Teile der Bevölkerung nicht gewillt waren, Eigenleben und kulturelles Erbe aufzugeben.

Durch die kriegerischen Ereignisse der Jahre 1864 (preußisch-österreichisch-dänischer Krieg) und 1866 (preußisch-österreichischer Krieg) kamen die Herzogtümer Holstein und Schleswig als Provinz zu Preußen. Der Artikel V des Prager Friedensvertrages zwischen Preußen und Österreich (1866) bestimmte jedoch, daß die Bevölkerung der nördlichen Distrikte des Herzogtums Schleswig an Dänemark abgetreten werden sollte, wenn sie durch freie Abstimmung den Wunsch zu erkennen gäbe, mit Dänemark vereinigt zu werden.

Bismarck sah die Schwierigkeiten einer Anwendung des

Selbstbestimmungsrechts im nördlichen Grenzland Schleswigs, denn hier waren die Nationalitäten so gemischt, daß eine Grenze, die sie vollständig voneinander sonderte, sich nirgends ziehen ließ. Dazu erschwerten geographische und militärische Gründe eine solche Lösung.

Wo sollte die Grenze gezogen werden? Welche Garantien waren für eine deutsche Minderheit in Dänemark zu fordern? Die Verhandlungen zwischen Preußen und Dänemark über eine Durchführung der Abstimmung scheiterten, da man sich nicht über die Größe des betroffenen Gebietes einigen konnte.

Nach dem Sieg über Frankreich (1870/71) wurde Deutschland ein Kaiserreich unter preußischer Führung, die außenpolitischen Rücksichten auf Frankreich, dessen früherer Kaiser Napoleon III. die Berücksichtigung des Selbstbestimmungsrechts der Völker (Artikel V des Prager Friedens von 1866) durchgesetzt hatte, entfielen. Nach drei siegreichen Kriegen war es nun für Bismarck nicht mehr ohne weiteres möglich, gegen den Willen des Königs und Kaisers, gegen den Widerspruch der Schleswig-Holsteiner, die er für Preußen-Deutschland gewinnen wollte, und gegen die öffentliche Meinung in Deutschland die vorgesehene Grenzregulierung im Norden des Reiches vorzunehmen. So wurde im Jahre 1878 der Artikel V durch einen preußisch-österreichischen Vertrag aufgehoben. Das war völkerrechtlich möglich, denn Dänemark und die dänischgesinnte Bevölkerung Schleswigs hatten keinen Rechtsanspruch auf eine Abstimmung in den nördlichen Teilen des ehemaligen Herzogtums Schleswig. Die dänische Öffentlichkeit erfuhr verspätet von der Aufhebung und war überrascht. Da Dänemark seinerzeit offiziell von dem Artikel V in Kenntnis gesetzt worden war, wäre seine Aufhebung auch anzuzeigen gewesen. Das moralische Recht der betreffenden Bevölkerungsteile auf nationale Selbstbestimmung blieb von der Aufhebung eines zweiseitigen Vertragstextes zwischen Preußen und Österreich unberührt.

Wenn wir uns hundert Jahre danach Gedanken machen über die Bedeutung des Artikels V, vergessen wir nur zu leicht, welchen unterschiedlichen Rang damals die Schleswigfrage auf beiden Seiten einnahm, sowohl auf der preußischdeutschen als auch auf der dänischen. Für Bismarck war sie ein Problem unter vielen, das in seinem außenpolitischen Konzept an Bedeutung verlor, da die dänische Stimmenzahl auch zunächst zurückging. Für Dänemark war und blieb die Schleswigfrage *das* außenpolitische Problem schlechthin, das jederzeit des Interesses der Öffentlichkeit gewiß sein konnte. Im Jahre 1907 bestätigte die dänische Regierung, in der Grenzfrage keinen Rechtsanspruch gemäß Artikel V zu haben. Damit schien diese Frage bereinigt.

Doch wurde der Artikel V in Nordschleswig nicht vergessen, er blieb als Hoffnung eine wirkende Kraft bei den Mitgliedern der dänischen Minderheit. Sie gab Mut und Ausdauer, ein eigenes Leben aufzubauen. Mehrere dänischsprachige Zeitungen

erschienen, in zahlreichen Vereinen (Sprach-, Wähler-, Schul-, Landwirtschafts-, Jugend-, Sport- und Kreditverein) sammelten sich die dänischgesinnten Nordschleswiger. Im ungeliebten Herbergsstaat richtete sich die dänische Minderheit ein und begann ihre „Arbeit auf lange Sicht“.

Die preußische Regierung verfiel dann in die gleichen Fehler einer Politik der harten Hand, die der dänischen Regierung nach 1851 in Mittelschleswig so verhängnisvoll geworden war. Wieder zeigte es sich, daß sich staatliche Macht durch Verbote, Sprachinstruktionen, Ausweisungen und andere polizeiliche Zwangsmittel gegen volkliche Arbeit und nationales Selbstbewußtsein nicht durchsetzen kann. Die dänische Minderheit schloß sich nur um so fester zusammen. Nordschleswig war 1914 dänischer, als es 1886 gewesen war. Ein Blick auf die Wählerstimmen zeigt es: 1912 wurden bei der Reichstagswahl im Gebiet des heutigen Nordschleswig 16 645 dänische und 9 660 deutsche Stimmen abgegeben. Die auf deutscher Seite gegründeten Vereine vermochten diese Entwicklung nicht zu ändern. Der „Deutsche Verein für das nördliche Schleswig“ unterstützte die staatliche Politik einer Unterdrückung der dänischen Minderheit. Der „Verein für deutsche Friedensarbeit in der Nordmark“ übte Kritik am staatlichen Vorgehen, trat für einen freien kulturellen Wettstreit ein, betonte das Recht auf deutsche oder dänische Muttersprache und suchte die nationalen Gegensätze zu entschärfen. Doch die Obrigkeit gab den Ton an. Weiten Kreisen der Bevölkerung war das recht, denn es überwog ein unkritischer Optimismus und ein Geltungsstreben, das ohne Maß war, wie überhaupt um die Jahrhundertwende und danach sich das konservative und national-liberale Bürgertum in seiner Mehrheit als Untertanen einer Wilhelminischen Kaiserherrlichkeit verstand, deren Talmiglanz blendete und verblendete.

Die Sozialdemokratie war anders eingestellt, aber sie stand — wie die dänische Minderheit auch — außerhalb der bürgerlichen Gesellschaft des kaiserlichen Deutschland. Für sie war die nationale Frage zweitrangig, sie trat zurück vor dem Klassenkampf, der die internationale Solidarität der Arbeiterklasse forderte. 1902 trat der Provinzialparteitag der Sozialdemokratischen Partei, der in Flensburg tagte, in einer Resolution für die Anerkennung des Artikels V und das Selbstbestimmungsrecht für Nordschleswig ein. Damit gab er eine Tradition weiter, die bereits in den Anfängen der Arbeiterbewegung in Nordschleswig nach 1872 ihre Wurzel hatte.

Im Ersten Weltkrieg (1914 bis 1918) leisteten auch die dänischgesinnten Nordschleswiger ihren Heeresdienst. Auch jetzt blieben Fehlgriffe der Obrigkeit nicht aus. Als dann erkennbar wurde, daß Deutschland diesen Krieg nicht gewinnen würde, wuchs in Nordschleswig die Hoffnung. Der dänische Reichstagsabgeordnete H. P. Hannssen führte vertrauliche Gespräche in Berlin. Am 23. Oktober 1918 erhob er im deutschen Reichstag die Forderung auf eine

Volksabstimmung in Schleswig „im Namen des Rechts und der Gerechtigkeit“. Die Reichsregierung gab ihre Bereitschaft zu erkennen, eine Lösung der Nordschleswigfrage auf Grund des Selbstbestimmungsrechts der Völker zu akzeptieren. Das entsprach dem Friedensprogramm des amerikanischen Präsidenten Wilson, das das Deutsche Reich zur Grundlage seiner Friedensabsichten gemacht hatte.

H. P. Hanssen gab am 17. November auf einer Volksversammlung in Apenrade bekannt, man fordere, daß Nordschleswig als Einheit abstimmen solle, ob es zu Dänemark wolle oder nicht, und daß das angrenzende Gebiet in Mittelschleswig auch das Recht auf eine Abstimmung haben sollte. Diese Forderungen setzten sich letzten Endes auf dänischer wie auf deutscher Seite durch, trotz starken Widerstandes.

In den deutschen Kreisen Schlesiwi wurde diese Entwicklung mit Bestürzung zur Kenntnis genommen. Man sah sich von der Reichsregierung, der Vorleistungen zugunsten der Dänen vorgeworfen wurden, verraten und verkauft. In Resolutionen und Protestnoten wurde eine Teilung des früheren Herzogtums Schleswig für undurchführbar erklärt. Zur Wahrung der Rechte der Bevölkerung wurde auf Anregung Apenrader Kreise ein „Deutscher Ausschuß“ gegründet, in dem alle Bevölkerungsteile vertreten sein sollten. Der Ausschuß strebte eine Gesamtabstimmung von der Königsau bis zur Eider an, da das frühere Herzogtum historisch und wirtschaftlich eine unteilbare Einheit bilde. Erst im Laufe der Zeit kam der Ausschuß von unrealistischen Vorstellungen ab und gab seine defensive Haltung auf.

Die Revolution vom 9. November 1918 hatte die deutsche Zentralgewalt gelähmt. In vielen Fragen waren die Bewohner des Grenzlandes auf sich gestellt. Bei vielen stellte sich ein Gefühl des Verlassenseins ein, der einst so mächtige Staat war nicht mehr.

Daß die Sozialdemokratie als Träger der Verantwortung die führenden Positionen im neuen Staat einnehmen und sich gegen die Stützen der früheren staatlichen Macht — Monarchisten, Konservative, national-liberales Bürgertum — durchsetzen mußte, fand in den tonangebenden Kreisen des deutschen Schleswig wenig Anerkennung, da man ihre Haltung zum Selbstbestimmungsrecht der Völker ablehnte. So verstrich kostbare Zeit, ehe Illusionen über die militärische Niederlage und ihre Folgen für den Staat aufgegeben und ideologische Gegensätze, die eigentlich der Vergangenheit angehörten, ausgeräumt waren. Erschwerend kam hinzu, daß die Reichsregierung in dieser schwierigen Aufbauphase zeitweise durch die Auseinandersetzung mit der radikalen Linken, die den kommunistischen Rätestaat wollte, zusätzlich belastet und bedroht war. Der Versailler Friedensvertrag mußte unterschrieben werden. In ihm war bestimmt, daß in zwei Zonen abgestimmt werden sollte, im Gebiet des heutigen

Nordschleswig en bloc, südlich davon gemeindeweise.

Die allgemeine Empörung in Deutschland über den Friedensvertrag verstärkte sich im Grenzland Schleswig durch die Ablehnung von Abstimmungszeit und -modus. Doch der „schmachvolle Gewaltfrieden“ trat in Kraft. Das forderte die Vorbereitung der Abstimmung durch den Einsatz aller. Proteste halfen nicht. Ende April 1919 hatte die preußische Staatsregierung bereits Dr. Adolf Köster (SPD) zum Staatskommissar für Schleswig-Holstein berufen. Nun konnte eine Zusammenarbeit aller Beteiligten zur Vorbereitung des Abstimmungskampfes erreicht werden. Sie wurde in der 1. Zone, dem heutigen Nordschleswig, nicht mit der nötigen Entschlossenheit geführt, da ein Ergebnis zugunsten der Dänen zu erwarten war. Im Gebiet der 2. Zone herrschten auf deutscher Seite bald allgemeine Einsatzbereitschaft, begeisterte Heimat- und Vaterlandsliebe, feste Zuversicht und Siegeshoffnung. Der Kampf der Worte blieb fair, eine internationale Kontrolle beaufsichtigte das Abstimmungsgebiet.

In der 1. Zone wurde am 10. Februar 1920 abgestimmt. Den 75 431 dänischen Stimmen standen 25 319 deutsche gegenüber. Deutsche Mehrheiten fanden sich in den Städten Tondern (76 v. H.), Sonderburg (55 v. H.) und Apenrade (54 v. H.) sowie im Flecken Hoyer (73 v. H.). Sie blieben unberücksichtigt.

In der 2. Zone, in der gemeindeweise abgestimmt wurde, lautete das Gesamtergebnis: 51 724 Stimmen für den Verbleib bei Deutschland, 12 800 für den Anschluß an Dänemark. Die Stadt Flensburg hatte im besonderen Maße im Brennpunkt der nationalen Auseinandersetzung gestanden; hier entfielen 27 081 Stimmen auf die deutsche und 8 944 Stimmen auf die dänische Liste. Mit großem Jubel wurde gerade in dieser Stadt der Abstimmungssieg gefeiert. Von beiden Seiten wurden Korrekturen der Abstimmungsergebnisse vorgeschlagen und angestrebt, sie wurden abgewiesen.

*

Die Abstimmung brachte eine neue Grenze; auf beiden Seiten verblieben nationale Minderheiten, eine größere deutsche in Nordschleswig (1920: 7505, 1939: 15016 Wählerstimmen) und eine kleinere dänische in Südschleswig (1924: 6761, 1932: 1544 Wählerstimmen). Sowohl in Dänemark als auch in Deutschland gab es — ganz überwiegend in den beiden sozialdemokratischen Bruderparteien — starke Kräfte, die im Interesse eines deutsch-dänischen Ausgleichs von Revisionsforderungen beider Nationen nichts wissen wollten. Eine Versammlung von Vertretern der sozialdemokratisch organisierten Arbeitnehmerschaft Nordschleswigs und Flensburgs, die auf Initiative des „Grenzbundes“ (eines Vorläufers des Grenzfriedensbundes) in Flensburg zusammentrat, lehnte „jeden Versuch einer neuen Verhetzung der deutsch-dänischen Grenzbevölkerung, von welcher Seite und in welcher Form er auch kommen möge, auf das entschiedenste ab ...“ War der Hintergrund dieser Entschließung noch in dänischer Aktivität zu

sehen (in dem Plan, das Abstimmungsgebiet südlich der neuen Grenze Dänemark als Mandat zu übertragen), so richtete sich die Übereinkunft zwischen den beiden sozialdemokratischen Parteien Deutschlands und Dänemarks vom 25. November 1923, allgemein als Stauning-Wels-Abkommen bekannt, gegen dänische und deutsche Versuche, die Grenzfrage neu aufzurollen. Beide Parteien bestätigten in dieser Übereinkunft, daß „die nach dem Friedensschluß 1920 auf Grund stattgehabter Volksabstimmungen vereinbarte Grenze zwischen Dänemark und Deutschland als gesetzliche Grenze anerkannt wird.“ Im Sinne des Ausgleichs ist auch die Schulordnung zu werten, die in Dänemark seit 1920 bzw. 1923 galt und die der deutschen Minderheit den Aufbau eines eigenen Schulwesens ermöglichte, sowie die entsprechende preußische Minderheitenordnung, die 1926 erlassen wurde.

Den Bemühungen um einen Ausgleich im Grenzland war damals jedoch kein Erfolg beschieden. Weite Kreise in Dänemark hielten an der alten Forderung „Dänemark bis zur Eider“ fest. „Flensborg Avis“ schrieb am 11. Februar 1932: „Wer empört sich noch, wenn die Anhänger der eingewanderten Eroberer in diesem Land, die nach dem Weltkrieg das Recht erhielten, weit über die Hälfte der Beute von 1864 zu behalten, nun unverhohlen im Namen der Moral davon sprechen, daß sie auf den Tag warten und ihn vorbereiten, an dem Dänemark um das Stück Schleswigs gebracht werden soll, mit dem es sich 1920 zufriedenstellen ließ?“ Die geringe Bedeutung der dänischen Minderheit in Südschleswig vor 1945 nahm aber dänischen Revisionswünschen damals das Gewicht.

Für den durch den verlorenen Ersten Weltkrieg und den Friedensvertrag von Versailles gedemütigten, aber nicht gebrochenen deutschen Nationalstolz erhielt die Schleswig-Frage jedoch besonderes Gewicht. Der geistige Hintergrund der dänischen nationalen Volkstumsbewegung, der trotz jahrzehntelanger deutscher Herrschaft eine klare Stimmenmehrheit im En-bloc-Nordschleswig ermöglicht hatte, wurde ausgesprochen oder unausgesprochen übernommen als Anregung zu einer Neubesinnung und Teil der Bemühungen um eine schleswig-holsteinische volkliche Erneuerungsbewegung, die sich als Auslöser gesamtdeutscher gleicher Bemühungen verstand. Die Abstimmung vom 14. März 1920 als ein alle Bevölkerungskreise umfassendes volkliches Erlebnis — und es wäre falsch, die Kraft dieses Erlebnisses beiderseits der Grenze zu unterschätzen — erhielt im Rahmen dieser schleswig-holsteinischen volklichen Bewegung eine besondere Funktion, wie auch die damit unlösbar verknüpften Forderungen, die Grenze von 1920 zu revidieren. Der Umfang dieser Revisionsforderungen war verschieden, erstreckte sich aber bei realistischen Schleswig-Holsteinern auf die Teile Nordschleswigs, die zusammenhängend mit deutscher Mehrheit abgestimmt hatten (das sog. „schiefe Dreieck“).

Die Machtergreifung des Nationalsozialismus drängte die dänischen nationalen

Kräfte scheinbar in die Defensive. Man befürchtete eine irreguläre Besetzung Nordschleswigs durch deutsche paramilitärische Verbände. Die schleswig-holsteinische Kampagne zur Wiedergewinnung Nordschleswigs seit Frühjahr 1933, die auch als „Ostersturm“ bezeichnet wurde und von dem seit 1932 nationalsozialistisch geführten Schleswig-Holsteiner-Bund getragen wurde, konnte derartige Befürchtungen nur verstärken. Die deutsche Besetzung Dänemarks im Zweiten Weltkrieg (9. April 1940) verstärkte den Druck des nationalsozialistischen Deutschland bis zum Unerträglichen.

Und trotzdem trotz dieser Eindruck; aber nur deshalb, weil Dänemark dank seiner national-liberal-demokratischen Tradition und Grundhaltung letztlich diesem Druck standgehalten hat.

Die schleswig-holsteinische Revisionsforderung, die Parole „Heim ins Reich“ wurde von der nationalsozialistischen Reichsregierung nicht gestützt; der Hauptgrund ist darin zu sehen, daß die nationalsozialistischen Rasse-Ideologen in Berlin an einem guten Verhältnis zu den skandinavischen Staaten vorrangig interessiert waren. Das galt nicht nur für den „Ostersturm“ von 1933, sondern auch für spätere Wünsche, die deutsch-dänische Grenze nach Norden zu verschieben. Die deutsche Minderheit in Nordschleswig wurde nach langandauernden Richtungskämpfen geschwächt. Sie verlor ihre sozialdemokratischen Anhänger, und die konservativ oder christlich eingestellten Deutschen zogen sich aus der politischen Arbeit zurück bzw. wurden ausgeschaltet.

In Schleswig-Holstein wurden alle Gegner des Nationalsozialismus auf die gewinnenden Züge des dänischen Nachbarn aufmerksam. Vor allem aber erlitt die Anziehungs- und Identifikationskraft des Deutschtums in Nordschleswig, die jahrhundertlang (vor 1600 die niederdeutsche Einwirkung!) wirksam gewesen war, schwere Einbußen.

Noch lange Zeit nach 1945 können dänische Bemühungen, das Deutschtum in Nordschleswig mit dem Nationalsozialismus zu identifizieren, durchaus zwei Ursachen haben: einmal, jedenfalls bei älteren Persönlichkeiten, die Sorge, daß die schwere Zeit, die sie 1933 bzw. 1940 bis 1945 durchmachen mußten, sich wiederholen könnte. Daß diese Befürchtungen unrealistisch sind, spielt bei derart gefühlsgerichteten, auf persönlichen Erlebnissen beruhenden Motiven keine Rolle. Zum anderen aber kann auch der national motivierte Wunsch dahinterstecken, die Anziehungskraft der deutschen Kultur durch die Betonung ihrer Belastung durch die zwölf Jahre Nationalsozialismus zu mindern. Dieses Wunschenken wird unter Umständen erleichtert durch die verständliche Zurückhaltung, mit der die führenden Persönlichkeiten der deutschen Minderheit (vor allem im BdN) die Aufarbeitung der nationalsozialistischen Vergangenheit bisher betreiben.

Bei dem Zusammenbruch des drittes Reiches 1945 war Südschleswig weitgehend

von Kriegszerstörungen verschont geblieben. Es war überfüllt mit Verwundeten, Soldaten aller Waffengattungen, Vertriebenen und Flüchtlingen. Die große materielle Not kam etwas später. Sie erreichte ihren Höhepunkt in den Jahren 1946 und 1947. Man muß sich klar darüber sein, daß alle Bindungen an einen deutschen Staat oder eine deutsche Nation im eigensten Sinne des Wortes gegenstandslos geworden waren und daher andere Bindungsmöglichkeiten von jedem Grenzbewohner zumindest erwogen wurden. Bei einer Option für Dänemark in der damaligen Situation kam ein umfangreiches Bündel von Motiven in Betracht, eines unter ihnen war auch das — oft überschätzte — der materiellen Hilfe. Das Ergebnis der Landtagswahlen von 1947 zeigte deutlich, wie sich die Stärkeverhältnisse verändert hatten: für den SSW, die Partei der dänischen Minderheit, wurden 99 500 Stimmen abgegeben.

Die politische Führung in Dänemark war nicht bereit, den Wunsch der süd-schleswigschen Bevölkerung auf eine Grenzverschiebung zu unterstützen, soweit dieser Wunsch darin begründet war, daß man aus den verschiedensten Motiven die Verbindung mit Deutschland lösen wollte. Man wollte den nationalstaatlichen Charakter Dänemarks erhalten. Aus diesem Grunde betrachteten dänische grenzaktivistische Kreise es als ihre erste Aufgabe, die Bevölkerung kulturell für Dänemark zu gewinnen. Erst danach sollte dann zu einem späteren Zeitpunkt das nationale Selbstbestimmungsrecht ausgeübt werden. Der nationaldänischen Forderung wurde seit Ende 1948 in steigendem Maße die alte schleswig-holsteinisch-deutsche nationale Tradition entgegengesetzt.

Dieses Jahr 1948 war aber nicht nur der Höhepunkt der Auseinandersetzung im Grenzland, sondern es wurde auch, zunächst unbemerkt von der Öffentlichkeit, das Jahr der entscheidenden Wende. Die britische Besatzungsmacht war wegen der großpolitischen Lage daran interessiert, das deutsch-dänische Verhältnis zu verbessern und das Grenzproblem zu entschärfen. Dänemark und Schleswig-Holstein nahmen entsprechend der britischen Anregung Gespräche auf, die einen ersten Abschluß in der sog. „Kieler Erklärung“ der schleswig-holsteinischen Landesregierung von 1949 fanden. Die Verhandlungen wurden dadurch erleichtert, daß beide Regierungen sozialdemokratisch geführt waren. In der Präambel zur Kieler Erklärung wurde die Erwartung ausgesprochen, daß die dänische Regierung in ähnlicher Weise der deutschen Minderheit in Nordschleswig ihre Rechte und Freiheiten einräumen würde.

In Nordschleswig war nach 1945 die sog. „Rechtsabrechnung“ mit der deutschen Minderheit erfolgt, ein Vorgang, der nur auf dem Hintergrund der Geschehnisse von 1940 bis 1945 zu verstehen ist und der Pauschalverhaftungen, Enteignungen und anderes mehr auf Grund rückwirkender Gesetze umfaßte. Die deutsche Minderheit wurde dadurch schwer getroffen, andererseits in notvoller Lage zusammengeschweißt (Faarhus-Effekt). Schon seit Ende 1945 konnte sie sich im

„Bund deutscher Nordschleswiger“ organisieren. Sie erklärte ihre Loyalität gegenüber dem dänischen Staat und der Grenze von 1920 und gab damit alle grenzrevisionistischen Ziele auf. Der Zusammenschluß der Deutschen in Nordschleswig und ihr Selbstbehauptungswille, getreu ihrer Tradition als Heimdeutsche im dänischen Nordschleswig zu leben, strahlte wieder auf das Grenzland südlich der Grenze zurück und galt als Beispiel dafür, in schwerer Zeit nicht die nationale Zugehörigkeit und das kulturelle Erbe für ein Linsengericht aufzugeben.

Es war wiederum die große Politik, die einen weiteren Markstein in der Geschichte des Grenzlandes setzte. Im Rahmen der Vorgespräche um die Aufnahme der Bundesrepublik Deutschland in die Nato erschien eine Bereinigung der zwischen Deutschland und Dänemark noch offenen Fragen angebracht. Nach langen Verhandlungen, in die sich auch die grenzdeutschen Kreise, die bisher die „Kieler Erklärung“ abgelehnt hatten, einschalteten, wurde die sog. „Bonner Erklärung“ vom 29. März 1955 und die sog. „Kopenhagener Bekanntmachung“ vom 7. Juni 1955 abgegeben. Beide waren in der Tendenz eine Wiederholung der Erklärungen von 1949. Da sie jedoch in ihrer Art ein größeres Gewicht hatten und von der großen Mehrheit der Bevölkerung auch begrüßt wurden, haben sie es vermocht, einen befriedigenden Rahmen für die Arbeit der Minderheiten beiderseits der Grenze abzugeben. Das deutsch-dänische Grenzland ist in dem Jahrzehnt von 1960 bis 1970 zum „Europäischen Minderheitenmodell“ geworden, zum Musterbeispiel für das Zusammenleben zweier Nationen in einem Grenzland. Dieses vielzitierte „Minderheitenmodell“ wäre nicht interessant, wenn lediglich an die Stelle von streitvoller Unruhe die Ruhe des Nichts getreten wäre, sondern nur dann, wenn die werbenden Aktivitäten beider Völker im Grenzland bereichernde Kraft entfalten können, ohne zur Konfrontation zu führen.

Arbeiterbewegung in Nord- und Mitteleuropa zwischen nationaler Orientierung und Internationalismus

Arbejderbevægelsen i Nord- og Mellemeuropa mellem national orientering og Internationalisme

Vorschau und Reflexion im Hinblick auf eine deutsch-dänische Wissenschaftlertagung der Akademie Sankelmark

Wenn am 1. August 1975 in Helsinki die Schlußakte der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) unterzeichnet wurde, dann sollte das kein Abschluß, sondern ein Anfang sein. Wenn Walter Jens — mit spitzer Feder — den Schlußakt von Helsinki als eine „Gebißparade“ karikierte, dann deutet er damit nur an, wieviel ritualisierte Aggressivität durch den scheinbar so sanften Text der Versöhnung zwischen den Völkern Europas immer noch hindurchschimmert. Wenn Helsinki mit dem Wiener Kongreß vor 160 Jahren verglichen wird, dann drängt sich die Frage auf: War das eine nicht der Triumph der Restauration und das andere ein Sieg der Vernunft?

Wer in Einzelheiten geht, wird bemerken, daß es 1815 in Wien weniger Proklamationen allgemeiner Grundsätze, dafür aber konkretere Vereinbarungen über die künftige Ordnung Europas gab. Auch das Verhältnis zwischen Deutschland und Dänemark wurde geregelt. Insgesamt aber blieb das „System Metternich“ ein Gegenstand schwerer innerer und äußerer Konflikte: mehrerer Kriege, Revolutionen und Volkserhebungen, in deren Mittelpunkt immer wieder Schleswig-Holstein stand.

Im Vergleich bringt Helsinki in der Schlußakte kein Wort über das besondere Verhältnis zwischen Deutschland und Nordeuropa. Ob darin ein gutes Zeichen zu sehen ist? Gewiß, denn was in Helsinki verkündet wurde und die Schlußakte schmückt, ist hier seit einem Vierteljahrhundert selbstverständlich geworden: Enthaltung von der Androhung oder Anwendung von Gewalt, Unverletzlichkeit der Grenzen, territoriale Integrität, friedliche Regelung von Streitfällen, Nichteinmischung in innere Angelegenheiten, Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten.

Wenn es in der Schlußakte über Zusammenarbeit zwischen den Staaten heißt, sie würden sich bemühen, „gegenseitiges Verständnis und Vertrauen, freundschaftliche und gutnachbarliche Beziehungen untereinander,

internationalen Frieden, internationale Sicherheit und Gerechtigkeit zu fördern“, dann gibt es für eine solche Politik der Nachbarschaft bislang nur wenige überzeugende Beispiele, darunter unser Grenzland.

Wer nach den Ursachen dieser Entwicklung fragt, wird bemerken, daß seit den Zeiten, da Ernst Schimmelmann dänischer Außenminister war, ein neuer Faktor in die Politik der Völker eingetreten ist: die Arbeiterbewegung mit ihren nationalen Besonderheiten und eigenen internationalen Beziehungen im genossenschaftlichen, gewerkschaftlichen und parteipolitischen Bereich. Je stärker diese Bewegung wurde, desto wirksamer konnte sie in die Entwicklung der internationalen Verhältnisse eingreifen. Zwar wurde sie nur selten all ihrer internationalistischen Selbstverpflichtung gerecht, doch hat sie zu einem Funktionswandel, ja zur Demokratisierung der Außenpolitik wesentlich beigetragen. Die „Solidarität“ als innerer Wert der sozialen Bewegung gewann mehr und mehr außenpolitische Bedeutung als Norm eines neuen Verhältnisses unter den Völkern: der Nachbarschaft bis hin zu einer Politik der Nachbarschaftshilfe — der Solidarität der Völker in Not und Gefahr. Der „Metternich“ der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts sieht in der internationalen Sozialdemokratie gar eine Gruppierung, die hilfsweise für seinen angeschlagenen CIA einspringen könne — eine durchaus zweifelhafte Ehre.

Freilich eilt diese idealisierende Betrachtungsweise der Wirklichkeit voraus. Doch wie dem auch sei: die Zusammenarbeit der Völker Europas, im Zeitalter Metternichs eine Aufgabe der Kabinette, ruht heute wesentlich auf den Schultern der Arbeiterbewegung. Selbst der amerikanische Außenminister weist ihr die Aufgabe zu, dort einzugreifen, wo sein starker Arm an der Südflanke Europas nicht mehr hinreicht.

Und wie steht es im Norden, dem Gegenstück zur Iberischen Halbinsel? Im Norden scheinbar nichts Neues! Aber die Vergangenheit hat es in sich! Was hat sich dort alles gewandelt, seitdem der „Gesamtstaat“ zerbrach! Seitdem die moderne Arbeiterbewegung sich international organisierte! Seitdem das „Beharrungssystem Metternich“, wie Hans Rothfels einmal meinte, auf einer höheren Stufe der Entwicklung durch das Beharrungssystem der NATO mit veränderten Frontstellungen wiedererstand?

Auf der Wissenschaftlertagung soll darüber referiert und diskutiert werden. Es wird kaum möglich sein, das Thema in knapp drei Tagen so gründlich zu erörtern, wie es bei wissenschaftlicher Betrachtungsweise wünschenswert wäre. Ein Ausweg läge in der Beschränkung auf einen kürzeren Zeitraum oder eine bestimmte Phase der Entwicklung. Aber der Zerfall einer Wissenschaft in winzige mikrohistorische Studien und pauschal globalanalytische Entwürfe trägt letztlich nicht zur Erkenntnis der Zusammenhänge bei. Vielmehr erscheint es wünschenswert, trotz aller Lücken in der Ermittlung bestimmter Sachverhalte die Vermittlung zwischen

allgemeinen historischen Prozessen und zeitlich beschränkten Episoden in der besonderen geschichtlichen Entwicklung dieser einen europäischen Region zu suchen, und zwar von den Anfängen im 19. Jahrhundert bis in die unmittelbare Gegenwart hinein. Niemand soll sich dadurch gehindert fühlen, einzelne Probleme genauer auszuforschen. Kein Veranstalter wird sich dem Wunsch versagen, durch eine weitere Tagung zur Vertiefung beizutragen, wenn dazu ein gemeinsames, echtes Bedürfnis besteht.

Zunächst geht es um eine Art Längsschnitt durch mehr als hundert Jahre Geschichte, wobei die theoretischen Aussagen mehr am Anfang, die detaillierteren Studien mehr am Ende des Lehr- und Lernprozesses zu suchen sind. Im übrigen bleibt der thematische Aufbau chronologisch geordnet. Dabei werden drei Schwerpunkte herausgearbeitet: einmal die Jahre der organisatorischen Begründung einer modernen Arbeiterbewegung in Deutschland und Skandinavien nach 1870; weiter die Konfliktperiode vom „großen Schisma“ 1914 bis zum Versailler Vertrag und seinen Folgen; schließlich die Konfrontation und der Übergang zur Kooperation seit 1945. Am Ende ist die aktuelle politische Situation in Europa auf dem Hintergrund der erarbeiteten Erkenntnisse zu besprechen.

Wenn die Planung aufgeht, werden im theoretischen Teil Referate über „das Problem der skandinavischen Ideologie-Immunität“ und über die „Rezeption der materialistischen Geschichtsauffassung in Dänemark“ gehalten. Es folgen neue Forschungsergebnisse über den Internationalismus der dänischen Arbeiterbewegung seit den 1870er Jahren. Den zweiten Schwerpunkt eröffnen Vorträge über die Friedenspolitik der dänischen Sozialdemokratie während des Ersten Weltkrieges und über die Stockholmer Friedenskonferenz von 1917. Im Anschluß daran soll die Haltung der Sozialdemokratie zur schleswigischen Frage im Zusammenhang der Teilung Schlesiens behandelt werden, und zwar in Referat und Korreferat.

Im dritten Schwerpunkt geht es um die Haltung der Flensburger Arbeiterschaft nach der bedingungslosen Kapitulation von 1945 und um den Nationalismus Kurt Schumachers, der durch seine Husumer Rede entscheidend zur Spaltung der Sozialdemokratie beitrug. Es folgt ein Referat über den großen schleswig-holsteinischen Metallarbeiterstreik, der von einer wiedervereinigten Arbeiterschaft getragen wurde. Schließlich wird das allgemeine Verhältnis von nordischer und internationaler Arbeiterbewegung nach 1945 betrachtet und im Zusammenhang der aktuellen politischen Situation diskutiert.

Referenten sind meist jüngere Historiker, Sozialwissenschaftler und Nordisten. Darunter sind Namen, die noch kaum einer im Grenzland kennt. Durch die Tagung soll gerade der Versuch gemacht werden, Forschungsansätze ganz unterschiedlicher Art in der Bearbeitung gleicher und verwandter Themen

miteinander in Verbindung zu bringen. Die Referenten wurden aus München und Göteborg, aus Aarhus, Kiel und Kopenhagen eingeladen. Konferenzsprachen sind Dänisch und Deutsch, hilfsweise Englisch. Sicherlich wird es Kommunikationsprobleme geben. Sie zu erkennen und zu überwinden ist nicht zuletzt Zweck und Ziel des Unternehmens.

Schon in den Vorbereitungen hat sich ein Hindernis transnationaler Kooperation empfindlich störend bemerkbar gemacht: die unterschiedlichen institutionellen Voraussetzungen diesseits und jenseits der Grenze. In Dänemark gibt es eine rührige Selskab til forskning i arbejderbevægelsens historie (SFAH), der gegenüber keine vergleichbare deutsche Organisation zu nennen ist. Ihre Aufgaben werden teilweise von der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn, aber auch von der Historischen Kommission in Berlin, ja von der Internationalen Tagung der Historiker der Arbeiterbewegung (IHT) in Linz an der Donau wahrgenommen. Umgekehrt fehlt es in Dänemark an einem „Grenzfriedensbund“, der mit gleichen Organen, Mitteln und Zielen zum Erfolg der Tagung beitragen könnte. Schon vor Beginn der Tagung läßt sich eine Lehre ziehen: Die erfolgreiche Durchführung und mögliche Fortsetzung des notwendigen wissenschaftlichen Dialogs läßt kompatible organisatorische Strukturen auf beiden Seiten höchst wünschenswert erscheinen.

Noch ein Wort zu potentiellen Teilnehmern und Interessenten: Niemand sollte sich durch das Prädikat „Wissenschaftlertagung“ abschrecken lassen. Wer die „Grenzfriedenshefte“ studiert, gehört zu den erwünschten Teilnehmern. Freilich bleibt die Zahl begrenzt, weil die Hälfte der Plätze für dänische Gäste reserviert werden soll. Wer nicht teilnehmen kann, wird die wichtigsten Ergebnisse später in den „Grenzfriedensheften“ nachlesen können.

Noch etwas zum Termin: Er liegt in den drei Novembertagen nach dem Bußtag 1975 (21. bis 23. November).

Vom Standpunkt zum Standort

Anmerkungen zur Tagung des Arbeitskreises junger Nordschleswiger vom 10. bis 12. Oktober in der Akademie Sankelmark

Der Arbeitskreis junger Nordschleswiger lädt wieder ein. Es ist die zweite Tagung, die wir durchführen, und wie vor einem Jahr dürfen wir auch diesmal Gäste der Akademie Sankelmark sein. Mitträger ist der Grenzfriedensbund, ohne dessen ideelle und finanzielle Unterstützung wir eine solche Veranstaltung nicht durchführen könnten. Wir wissen darum und sind dankbar für diese Förderung unserer Arbeit.

Das Thema und das Programm der Tagung

Hinter der vielleicht etwas trocken anmutenden Überschrift „Vom Standpunkt zum Standort“ verbirgt sich nicht mehr und nicht weniger als die ganze Diskussion innerhalb der deutschen Volksgruppe in Nordschleswig um ihre Identität, ihr Programm und ihr Suchen nach einem gangbaren Weg in die Zukunft. Der frühere dänische Staatsminister Jens Otto Krag hat einmal etwas provokativ behauptet: „Man hat einen Standpunkt, bis man einen neuen findet!“ Er hat ja recht. Wie sollen wir als Volksgruppe uns entwickeln können, wenn wir nicht bereit sind, uns zu verändern, an neue Gegebenheiten anzupassen? Das hat mit Selbstaufgabe und dergleichen nichts zu tun. Wir trauen uns selbst und unseren Mitmenschen wohl noch zu, sich der rasanten, technisch bedingten gesellschaftlichen Entwicklung anzupassen. Unser eigenes kulturelles und politisches Wirken ist ja auch einem ständigen Wandlungsprozeß unterworfen. Wir werden sehr sorgfältig darauf achten müssen, daß dieser nicht abbricht. Je größer die Zahl der Diskussionsbeiträge hierzu ist, desto leichter wird es sein, aus der Fülle der persönlichen Standpunkte den allen gemeinsamen Standort der Deutschen Volksgruppe zu erarbeiten.

Aus dieser Überlegung heraus hat der Arbeitskreis ein Tagungsprogramm zusammengestellt, das sich zwar ganz eindeutig mit unserer, d. h. mit der Situation der deutschen Volksgruppe in Nordschleswig, befaßt, daß aber für die bundesdeutschen Teilnehmer einen hohen Informationswert haben sollte. Schließlich hört die Welt nicht bei Flensburg auf. Wir sind übrigens auch der Meinung, daß Nicht-Nordschleswiger für die Volksgruppenarbeit sehr wichtige Anregungen geben können, weil sie die Probleme nicht durch die nordschleswigsche Brille sehen.

Der geschichtliche Hintergrund der Volksgruppe

Die Volksgruppe ist das Ergebnis einer genau feststellbaren politischen

Entscheidung: der Grenzziehung nach der Volksabstimmung 1920. In dem Aufsatz von Hans Friedrich Schütt/Gerd Vaagt wird die geschichtliche Entwicklung dargestellt, die der Gegenwart zugrunde liegt. Wenn wir die heutigen und die künftigen Verhältnisse hier im Grenzlande diskutieren wollen — vor allem die Dinge, die die Volksgruppe betreffen — so muß uns dieser geschichtliche Hintergrund bekannt sein.

In einer Hinsicht unterscheidet sich diese Tagung von der vorjährigen und wohl auch sonst von den meisten anderen Tagungen, als mit den Beiträgen in diesem Grenzfriedensheft den Teilnehmern eine Möglichkeit geboten wird, sich auf die Tagung und die Diskussion auf derselben vorzubereiten. Der Beitrag zur Geschichte unserer Heimat soll das Allgemeine aufzeigen, soll darlegen, wie die Zeit war, in der man gelebt hat. Wie der einzelne in ihr zurechtkam, läßt sich damit nicht beleuchten.

Seit der Entstehung der Volksgruppe ist nicht mehr Zeit vergangen, als daß wir nicht Zeugen der Geschichte, von ihr Betroffene, noch befragen könnten. Genau das haben wir uns vorgenommen. Ernst Beier wird aus den Jahren um 1920 und ich [Philipp Iwersen] aus der politisch ebenso entscheidenden Zeit nach 1945 berichten. Es wird dies persönlich und subjektiv geschehen und deutlich machen, daß der einzelne die von ihm erlebte Zeit oft anders sieht, als die Historie es tut. Weiß man um diese Divergenz, so wird es eher verständlich, warum die einzelnen Standpunkte oft so sehr voneinander abweichen. Beide Referenten sind von den anomalen Verhältnissen ihrer Kinder- und Jugendzeit besonders beeinflusst und geprägt worden, vielleicht zu sehr, um Geschichte objektiv sehen zu können. Man muß jedoch fragen, ob die heutige Jugend von den Zeitereignissen prägend beeinflusst und für das Leben in der Volksgruppe aktiviert wird.

Was sind die politisch prägnanten Strömungen in der heutigen Zeit?

Wir leben heute nicht mehr in einer Zeit der harten Konfrontation mit dem dänischen Nachbarn, auch nicht mit den dänischen Parteien. Seit etlichen Jahren gilt nicht mehr das Gegeneinander, sondern das Miteinander.

In unseren Schulen lehren wir Demokratie und erziehen die Schüler zu mündigen Staatsbürgern, die sich selber ihren Standort suchen sollen. Das hat dazu geführt, daß die Volksgruppe sich gegenüber den Zeitströmungen geöffnet hat. Gut so! Wir müssen erkennen, daß viele Mitglieder dadurch aktiviert worden sind. Sie sind es allerdings nicht nur in unserer Volksgruppenarbeit, sondern sie sind auch in dem Maße, wie die Volksgruppe sich nach außen öffnete, empfänglich geworden für andere Strömungen. Durch die hohen Steuern, die Überadministration und die Wirtschaftskrise ist *dänische* Politik auch Sache der deutschen Nordschleswiger geworden. Sowohl die Zentrumdemokraten unter Erhard Jacobsen als auch die Fortschrittspartei unter Mogens Glistrup greifen tief in das Leben der Volksgruppe

ein. In der Freude über das Herauskommen aus der gesellschaftlichen und politischen Isolation, der Genugtuung über das Engagement auch in unseren Reihen sollten wir nicht vergessen, daß damit das politische Zuhause nicht mehr festumrissen und damit auch nicht mehr für jeden klar erkennbar ist. Es ist jedoch eine alte psychologische Erfahrung, daß Verunsicherung stets die Suche nach neuer Geborgenheit auslöst. Auf unsere gegenwärtige politische Lage angewendet, bedeutet das, daß politisch Unzufriedene den etablierten Parteien den Rücken kehren und dorthin gehen, wo am ehesten Veränderungen zu erwarten sind. Wenn in diesen Veränderungen radikale Tendenzen enthalten sind, müssen wir aufmerksam werden; denn das Gefährliche ist die Simplifizierung der Probleme.

Was für Konsequenzen für die Volksgruppe können wir daraus ziehen? Meines Erachtens gibt es nur die aktive Mitwirkung an der Lösung der Aufgaben, die uns von der Gemeinschaft abverlangt werden, oder die Isolation, die wir nicht wollen. Dazu brauchen wir die geistige Auseinandersetzung. Unsere Zeitung „Der Nordschleswiger“ hat es im letzten Jahr verstanden, ihre Leser zu aktivieren. Leserbriefe tauchten häufig auf, und unter der Rubrik „Standpunkt“ haben Leser ihre Meinung zu aktuellen Fragen dargelegt. Oft waren es Fragen zur Entwicklung der Volksgruppe, die angesprochen wurden. Es wurde kritisiert, und Vorschläge wurden gemacht. Diese „Standpunkts“-Artikel zeigen sehr deutlich das wachsende Interesse für die Belange der Volksgruppe und ebenso die Fülle der anstehenden Probleme. Einige dieser kritischen Stellungnahmen finden sich, zum Teil in gekürzter Form, in diesem Heft. Ihre Verfasser werden in Sankelmark Gelegenheit haben, ihre Auffassung zu vertreten und über sie und damit im Zusammenhang stehende Probleme zu diskutieren.

Innerhalb der Volksgruppe haben wir viele Gruppen, die, wenn vielleicht auch nicht gerade konträre, so doch sehr unterschiedliche Auffassungen über die Identität der Volksgruppe, das Deutschsein in Nordschleswig, das Programm und die politische Linie haben. Fragen tauchen auf und wollen beantwortet sein. Können wir das überhaupt? Gibt es allgemeingültige Formulierungen hierzu? Eine Uniformierung der Meinungen ist natürlich entschieden abzulehnen, aber der ständige Dialog miteinander wird nicht nur die Gegensätze, sondern auch das Gemeinsame, das alle auch heute noch Verbindende deutlich werden lassen. Ohne diesen Dialog würden wir ärmer sein.

Unsere Aktivität ist unsere Identität!

Nicht an unseren Worten, sondern an unseren Taten, sprich Aktivitäten, werden wir als Volksgruppe gemessen. Was wir sein möchten und darzustellen versuchen, sagt mehr über unsere Identität aus, als Worte es vermögen. Deshalb priorisiere ich unser *Gesamtangebot* auch sehr hoch. Was die Volksgruppe

innerhalb eines Jahres anbietet und durchführt, ist erstaunlich, gemessen an ihrer Größe. Wer nach unserer Eigenleistung fragt, soll sich einmal dieses Angebot genau ansehen. Wir werden in Sankelmark dieses darzustellen versuchen und möchten im Verlaufe der Tagung der Frage nachgehen, was wir sonst noch anbieten oder evtl. anders machen können. Hierzu brauchen wir nicht zuletzt auch Anregungen aus dem Süden. Wir dürfen nie uns selbst genug sein. Viele Verbände und Institutionen und vor allem Einzelpersonlichkeiten stehen uns hier laufend mit Rat und Tat zur Seite.

Dr. Hans Peter Johannsen wird uns mit seinem Lichtbildervortrag „Zwischen Königsau und Eider - fotografierte Erinnerungen aus Literatur und Geschichte“ ahnen lassen, welch kulturelles Erbe wir zu bewahren haben.

Wir Nordschleswiger wünschen die Wechselwirkung über die Grenze hinweg. Für die bundesdeutschen Tagungsteilnehmer wird es in erster Linie möglich sein, Informationen über die deutsche Volksgruppe zu bekommen. Das halten wir für außerordentlich wichtig, denn wie sollen wir Verständnis für unsere Belange und wirtschaftlichen Sorgen finden, wenn das Wissen um uns nicht vorhanden ist. Zwei exzellente Kenner Nordschleswigs, Minister a. D. Dr. Hartwig Schlegelberger und der schleswig-holsteinische Landtagsvizepräsident Kurt Hamer werden am Sonntagvormittag über die Situation der deutschen Volksgruppe aus schleswig-holsteinischer Sicht sprechen.

Auf beider Ausführungen dürfen wir gespannt sein. Sie haben uns etwas zu sagen, und ich bin dankbar, daß sie sich bereiterklärt haben, in diesem Kreise zu sprechen. Mögen besonders viele jüngere Nordschleswiger unter den Zuhörern sein. Ich möchte abschließend meine Hoffnung zum Ausdruck bringen, daß das Tagungsprogramm allen Teilnehmern wertvolle Informationen und Impulse geben wird und daß vor allem viele Mitglieder des Arbeitskreises junger Nordschleswiger sich um diese Veranstaltung sammeln.

Dritte deutsch-dänische Schulbuchkonferenz

Tagung deutscher und dänischer Wissenschaftler, Lehrer und Schulbuchautoren am 21.—23. November in der Akademie Sankelmark

Am 22. und 23. November 1973 fand in Sankelmark eine Schulbuchkonferenz zur Revision deutscher und dänischer Schulgeschichtsbücher statt. Auf dieser Konferenz wurde vorgeschlagen, abweichend von dem üblichen Verfahren den guten Kontakt zwischen dänischen und schleswig-holsteinischen Historikern und Pädagogen zu nutzen, um ein gemeinsames Quellenheft zur neueren Geschichte der deutsch-dänischen Beziehungen für die Hand des Lehrers und Schülers zu erarbeiten. Der Flensburger Arbeitskreis für Stadt- und Regionalforschung legte in einer zweiten Konferenz vom 13. bis 15. September 1974 einen ersten Entwurf eines solchen Quellenheftes vor, das sich naturgemäß auf die Zeit der nationalen Auseinandersetzung (1840 bis 1960) bezog.

Es stellte sich schnell heraus, daß ein solches Quellenheft sowohl im dänischen als auch im schleswig-holsteinischen Geschichtsunterricht nicht die Verwendung finden würde, die die investierte Arbeitsleistung und die Kosten rechtfertigen könnte. Dagegen fand der Vorschlag, der von dänischer Seite gemacht wurde (Dr. H. V. Gregersen), ein Quellenwerk zur gleichen Thematik zu erarbeiten, das sowohl der Forschung als auch dem Unterricht dienlich wäre, Zustimmung. Der vorliegende Entwurf wurde in diesem Sinne erweitert und verabredet, daß in gegenseitigem Kontakt zwischen der Universität Kiel, der Akademie Sankelmark, dem Landesarchiv Schleswig und dem Flensburger Arbeitskreis sowie den dänischen Teilnehmern der Entwurf weiter vorangetrieben werden sollte. Kontaktstelle sollte auf schleswig-holsteinischer Seite der Flensburger Arbeitskreis (Stadtarchiv Flensburg), auf dänischer Seite Dr. H. V. Gregersen sein. Die Verwirklichung des Projektes gestaltete sich jedoch schwieriger als vorausgesehen. Hauptaufgabe der kommenden Tagung wird es daher sein, zu einer nüchternen Einschätzung der Realisierungsmöglichkeit dieses Vorhabens zu gelangen.

Wir können heute den Beweis dafür erbracht ansehen, daß Menschen mit zunächst völlig gegensätzlichen Auffassungen und belastet mit dem Pathos falschverstandenen Nationalgefühls und der Hypothek mißbräuchlicher Machtausübung, gemeinschaftlich in der Lage sind, eine Gesellschaft in

friedlichem Miteinander zu schaffen und ständig weiterzuentwickeln.

PAUL-OTTO HERTRAMPF, Landessekretär des SSW

Abschiednehmen und Wiederkommen

Die nachstehenden Erinnerungen an die Zeit der Volksabstimmung 1920 in Nordschleswig lassen diese bewegte Zeit noch einmal lebendig werden. Sie zeigen, welche bewegten Jahrzehnte seitdem verflossen sind und wie sehr sich seitdem das deutschdänische Verhältnis zum Guten hin verändert hat.
Die Red.

Der 10. Februar 1920 steht als ein deutliches Bild in meiner Erinnerung eingegraben, trotzdem ich mich selten diesem Bilde zugewandt habe. Die Abstimmung in Jels fand im dänischen Versammlungshaus statt. An der Tür boten junge Mädchen, als „jydske Piger“ gekleidet, den Besuchern einen kleinen Danebrog als Ansteckfahne an. „Nej Tak, lille Klara, du weißt es ja, daß ich das nicht haben kann“ (ich sprach selbstverständlich dänisch). Ein freundliches Lächeln ist die Antwort, es ist die Stimmung, bei den meisten voller Freude und, wie ich erfahren habe, ohne Gehässigkeit.

Draußen ist die Stimmung ganz anders. Regen prasselt hernieder, und Wind in scharfen Böen peitscht die ausgehängten Fahnen. Ich gehe über den Kirchhof zurück und sehe, wie die Fahne am Turm in Fetzen zerreißt; ein Stück von etwa Handgröße hebe ich auf. Ich besitze dieses Andenken noch heute. Der rote Fleck auf der Erde ließ mich zuerst an das viele vergossene Blut des Krieges denken, dessen Resultat ja nun auch ist, daß ich diese Gemeinde verlassen muß. Es ist mehr Wehmut als Schmerz, was mich bewegt. Ich weiß, dies kann nicht anders sein.

*

Ich bin erst vier Jahre in der Gemeinde, gerade genug, um viele Menschen kennenzulernen, auch schätzen zu lernen. Aber es kann keinen Zweifel geben an der Notwendigkeit meines Abschiednehmens.

Nicht einen Gedanken gibt es für eine Wiederkehr.

Es war Dezember 1915, als ich hier, zunächst kommissarisch bestimmt, als junger Pastor eintraf. Ich war zweisprachig aufgewachsen in dem heutigen Grenzdorf Aventoft. In Straßburg und Kiel hatte ich mein Studium hinter mich gebracht und darauf die weitere Ausbildung in den Predigerseminaren in Preetz und Hadersleben. In Hadersleben waren wir zuerst zwei Kandidaten: Christian Andersen (später Konsistorialrat) und ich. Andersen war früher fertig, ich blieb allein zurück; ich wurde plötzlich für ein paar Monate Soldat.

Nach Ordination durch Bischof Kaftan kam ich hier ins Amt. Jels hatte ich nie gesehen, wußte nicht einmal genau, wo es lag. Es hatte sein Gutes, nicht wählen zu müssen, sondern geschickt zu werden. Ich kann mich in einer Weise den

allerletzten nordschleswigschen Pastor der alten Art nennen. Das Seminar bröckelte sozusagen ab. Kandidat Peperkorn kam nicht mehr in eine doppelsprachige Gemeinde. Wenn ich daran denke, wie es war, als ich in dieser Gemeinde anfang, so muß ich mich darüber wundern, wie ich es wagen konnte. Zwar hatte ich mich in Hadersleben in korrektem Dänisch üben müssen, hatte bei D. Prahl eine vortreffliche Einführung in die Kirchenkunde dieser Landschaft empfangen und ebenso eine Einführung in das dänische Gesangbuch, das ich von meiner Jugend her nicht kannte und das sofort mein Herz gewann, so daß ich viel Zeit diesem Liederschatz widmete; aber ich war jung und unerfahren und wohl gerade deshalb guten Mutes.

Die Gemeinde war etwa zu 80 Prozent dänisch und 20 Prozent deutsch. So hatte ich neben vier dänischen Gottesdiensten einen fünften deutschsprachigen zu halten. Es gab zwei verschiedene Konfirmandengruppen, die, das sei hier gesagt, mir Freude machten. Als Zugabe hatte ich für die in der Kriegszeit hier stationierten Soldaten Gottesdienste zu halten, die teils mit den deutschen Gottesdiensten zusammenfielen, teils auch in dem kleinen Kirchsaaal in Farris gehalten wurden. Als ich ein halbes Jahr im Amt war, wurden mir auch zwei Gottesdienste monatlich in Oxenwatt zudiktirt, wo der bekannte Pastor Nic. C. Nielsen als Emeritus Dienst tat, aber sich auf zwei Gottesdienste und die Amtshandlungen und eine intensive Seelsorge beschränken wollte.

Wenn ich heute daran denke, wie ich es wagen konnte, diese Arbeiten zu übernehmen, muß ich staunen. Indessen, die ersten Amtsjahre sind wohl für alle Pastoren die eigentlichen Lehrjahre. Ich kann sagen, daß ich mit besonderer Dankbarkeit an diese Gemeinde denke und mich ihr verbunden fühle. Meine Nachbarn waren der Kirchenälteste Jörgen Schultz und Frau, fromme Leute, durch die Arbeit der „Indre Mission“ geprägt. Die anderen Kirchenältesten, Fredstedt und Fuglsang, wenn auch nicht gleicher Art, so doch aufrichtig ihrer Kirche zugetan, ebenso der vierte, Schmidt-Winther in Grönnebek. In der Gemeinde spürte ich keinen Widerstand gegen meine Person, im Gegenteil, ein Wohlwollen, das soweit ging, daß Hände sich falteten und im Gebet auch des neuen Pastors gedachten. In der Gemeinde habe ich viel gelernt, nicht nur in der Bibelbesprechung eines Gemeinschaftskreises, auch in den Hausbesuchen. Nie vergesse ich die fromme, jahrelang Kranke in Jelswald in ihrem weit abgelegenen stillen Haus oder das schwindsüchtige Kind in Grönnebekmoor, das, im Konfirmationsalter stehend, sich mit dem Tod nach Gottes Willen vertraut zu machen suchte.

Von viel erfahrener Freundlichkeit könnte ich erzählen. Die Notzeit des Krieges führte uns zusammen. Die verschiedene Einstellung zum Zeitgeschehen mußte sehr bald einer allgemeinen Empfindung der Kreuzeslast dieser Tage weichen. Wieviel traurige Gedächtnisgottesdienste habe ich halten müssen, wo nur der teure Name des Gefallenen auf einer geschmückten Tafel in der Mitte stand und

die Gedanken zu den fernen Gräbern hin sich auf den Weg zu machen versuchten. Mir ist in den Mitteilungen an die Angehörigen nie etwas anderes bekannt geworden, als daß die Betreffenden als brave Soldaten bezeichnet wurden. Die kleine Feier im zweiten Teil des Gottesdienstes hatte den Ton einer Abschieds- und Bestattungsfeier.

Mein Entschluß, Jels zu verlassen, ergab sich gleichsam von selbst. Zuerst wohnte ich mit meinen Eltern zusammen, 1918 hatte ich geheiratet. Meine junge Frau stammte aus Berlin. Wenn sie auch gerne in Jels war und dort vieles ihr Fremde bewunderte, war doch keine Grundlage gegeben, auch nur den Versuch zu machen, in Nordschleswig zu bleiben.

Unsere Abreise ging in den ersten Tagen des Februar 1920 vor sich; d. h. der Haushalt, Frau und Kind, ohne meine Person.

Dieser Abschied hatte ein doppeltes kleines Vorspiel: Bald nach dem Zusammenbruch — ich hielt gerade Konfirmandenunterricht — meldeten sich die Kirchenältesten Schultz und Fredstedt und sagten mir, es sei ihnen von Hadersleben aus nahegelegt worden, daß von allen Kirchen ein Glockenläuten als Gruß für den Frieden stattfinden solle. Sie würden das veranlassen, wollten mich aber doch zuvor in Kenntnis setzen. Ich dankte ihnen dafür und sagte etwa: „Es ist ja mehr Ihre Kirche, als es meine ist. Ihre gute Gesinnung zu erkennen, freut mich.“

Solch einer Art, die ich als nobel bezeichnen möchte, bin ich öfters begegnet. Noch ein anderes kleines Erlebnis: Im Dezember des Jahres 1919, als ich in Krusendorf, Kreis Eckernförde, gewählt worden war, erschien eine Notiz in der Zeitung (ich glaube, in „Modersmaalet“), die diese Nachricht brachte; dazu eine Beurteilung meiner Person, die da lautete: „Er (Moritzen) ist ein freundlicher und umgänglicher Mann (fink og omgænglig), hat aber nicht vermocht, einen bemerkenswerten Kirchenbesuch herbeizuführen.“

Wenn bei dem Urteil über den Kirchenbesuch auch die Zeitumstände mitwirkten, so muß ich doch einsehen, daß das Urteil im ganzen stimmte. Will ich das für mich Positive gelten lassen, so muß ich auch den kritischen Teil mitnehmen. Also gut, es stimmt. Alles in allem war ich dankbar für die Art des Abschiedes. Als meine Nachbarinnen mich baten, in dem nun leeren Pastorat ein Zimmer für ein einfaches Nachtquartier herzurichten für Abstimmungsberechtigte aus dem Süden, wurde eine Stimme — allerdings nur eine Stimme — laut: Es würde wohl dort ein Massenquartier errichtet. Der Kirchenvorstand, den ich dann unterrichtete, stellte sich ganz auf meine Seite: Über das Haus könne ich noch verfügen, und sie sagten weiter, es sei doch selbstverständlich, daß alle untergebracht werden müßten. Ich habe diese Gäste nicht kennengelernt. Diese letzten Tage, in denen ich allein war, benutzte ich, um die Chronik fertigzustellen. Wenn ich mich recht entsinne, schrieb ich außer dem Üblichen auch etwas ganz Persönliches hinein,

und zwar meine Erfahrung, daß vaterländische oder politische Bewegung keineswegs geistliche, echte Bewegung fördere. Ich hatte zwei verschieden orientierten Gemeinden gedient, soweit mein Vermögen es zuließ. Das Wort aus Jesaja steht m. E. da: Gott spricht: Ich will meine Ehre keinem andern geben noch meinen Ruhm den Götzen.

Es war vor meinem Dienst in Nordschleswig ein großer Zwiespalt dort in der Inneren Mission ausgebrochen; es wurden theologische und politische Urteile abgegeben. Dieser Streit ruhte damals, vom Schwergewicht der Gegenwart zurückgedrängt. Ich habe ihn persönlich nicht kennengelernt.

Ob meine vorhin genannte Eintragung bei irgendeinem Interesse gefunden hat, weiß ich nicht. Aber mir selber hat sie gedient in einer Weise, die ich damals nicht ahnte. Als in Deutschland die Macht der Partei — und damit des Staates — in die Kirche eindringen wollte, konnte ich keinen Augenblick in meiner Beurteilung im unklaren sein, das war mir ein rechtes Glück!

*

Von den vielen Feiern, die damals das Land erfüllten, habe ich erst nach fünfundzwanzig Jahren etwas gelesen. Das Schicksal meiner mir so vertrauten Stadt Tondern hat mich betrübt, aber ich habe den Grenzfragen kein Interesse mehr zugewandt. Ich kam in ganz andere Verhältnisse. Die Gemeinde Krusendorf gehörte zu den Noerschen Gütern. Der Hauptteil der Gemeinde waren Gutsarbeiter, Leute, die eigentlich niemals einen Sonntag gekannt hatten, von denen man nicht viel geistliche Interessen erwarten durfte. Waren die kirchlichen Verhältnisse drückend und die sozialen auch, so bedurfte es vieler Geduld. Es war eine wunderschöne Landschaft, und mit meiner Familie fanden wir dort auch in der Inflationszeit das tägliche Brot.

Freundschaftliche Verbindungen nach Jels blieben bestehen. Bei verschiedenen Besuchen fand ich freundliche Aufnahme, auch Verständnis für die Notlage Deutschlands; in persönlichem Gespräch sieht die Welt oft ganz anders aus, als die Zeitungen sie schildern. Immerhin, die Gemeinde Jels war mir sehr ferngerückt.

„Ihr lebt“, sagte ein Gast, zwölf Kilometer fern von jedem Verkehr.“ „Ja“, sagte ich, „und etwa achtzig Jahre zurückgerechnet von der Gegenwart.“

Später tat sich eine Tür auf für ein Wiederkommen in ganz neuer Weise

Meinen weiteren Weg kann ich eigentlich hier übergehen. Ich wurde nach zehn Jahren als Seelsorger an die akademischen Heilanstalten in Kiel berufen. Dort gab es reichliche, sehr persönliche Arbeit. Der Kirchenkampf brachte es mit sich, daß mich die Partei aus meinem Amt verdrängte. Ich mußte aus Kiel weichen und die Pfarrstelle in Friedrichstadt (Eider) übernehmen.

Das war im Dezember 1938. Ein Jahr später brach der böse Krieg aus. Ein Besuch

in Dänemark war dann nicht mehr möglich. Nach neun Jahren wurde mir das Recht zuteil, wieder nach Kiel zurückzukehren. Ich durfte das nicht versäumen, hatte ich doch mittlerweile drei Söhne und einen Pflegesohn, die aus dem Krieg oder der Gefangenschaft zurückkehrten und nach einem Studium oder weiterer Schulbildung verlangten.

Ich kam nach Schönkirchen, nahe bei Kiel. Das war 1946. Nach ein paar Jahren suchten wir dort wieder das Kirchengebäude in Gebrauch zu nehmen. Es hatte vier Jahre unter der Einwirkung des Regens gestanden. Auch nachdem das Dach wiederhergestellt war, setzte die Feuchtigkeit ihr Zerstörungswerk fort. Die persönlichen Verbindungen mit Jels waren, wenn auch geringer geworden, doch geblieben, und nun ergab sich eine Art gemeindlicher Verbindung. Unsere Kirche konnte nun benutzt werden, aber wie sah sie aus! Ich dachte an die Kirche in Jels und schrieb an Freunde dort, ob sie als Glieder ihrer Kirche nicht auch dieser Kirche helfen könnten, dadurch, daß sie uns etwas an Bürsten und Reinigungsgeräten zukommen ließen. Zu unserer großen Freude bat ich nicht vergebens. Reinmachefrauen waren wohl zu beschaffen, nun konnten sie auch an die Arbeit gehen. Hier in Schönkirchen wären die notwendigen Sachen nicht aufzutreiben gewesen. Soweit war es also gekommen, aber Freundschaft und Vertrauen überbrückt die Notlagen.

*

Und dann durfte ich ein Ereignis miterleben, das ich nicht vergessen werde. Ich wurde zu der Wiedereinweihung der restaurierten Kirche in Jels eingeladen. Die Kirche war 1854 an Stelle der alten romanischen Kirche neu erbaut worden. Zu der Einweihungsfeier kam damals König Friedrich VII., begleitet von seiner Ehefrau Gräfin Danner. Ich bin gern hingereist, und es ist ja bekannt, daß die dänische Art versteht, Feste zu feiern.

Es war ein Tag wie aus dem Märchenbuch von H. C. Andersen. Vom Pastorat bewegte sich ein festlicher Zug zur Kirche. Voran Bischof Noack und der Herr Amtmann, beide in großer Robe resp. Uniform, dann der Propst und der Pastor loci, dann einige Nachbarn, Pastoren und unter ihnen ich als „den gamle tyske præst“. Es war, abgesehen von zahlreichen Hausfahnen, Straßenbeflaggung. Die Sonne schien, die Glocke tönte, die Photographen sprangen umher; wie gesagt, wie im Märchen.

Im Gotteshaus hörten wir als erstes eine vorzügliche Predigt des Bischofs. Es wunderte mich, daß der Name des Königs nicht genannt wurde. Man entbehrte ihn nicht. Für mich war es ein besonderes und ernst stimmendes Erleben, als ich auf der Pastorengedenktafel meinen Namen las und schon drei darauf folgende Amtsbrüder. Als ob ich aus einer anderen Welt zurückgekommen sei. Der Ortspastor hielt eine zweite Ansprache, und darauf gab es ein festliches Frühstück im Landbohjem, an dem ich auch teilnehmen durfte. Es war dort so, wie es öfter

der Fall ist. Die Pastoren saßen beisammen und die anderen auch. Unter Amtsbrüdern hätte ich mich fremd gefühlt, bei aller Freundlichkeit, die mich einlud. Ich suchte Bekannte und fand auch einen, den neuen Kirchendiener, an dessen Person ich mich irgendwie erinnerte. Und dann noch einen Herrn Ottosen. „Nicht wahr. Sie sind aus Grönnebek? Wenn ich nicht irre, war Ihr Vater im Kriege. Sein Haus inzwischen neu gebaut, ich weiß nicht, ob es abgebrannt war.“ „Ja“, sagte der Betreffende, das stimmt mit dem Neubau, wissen Sie das noch?“ Ich bejahte und fügte hinzu: „Aber Sie habe ich ja nicht gesehen.“ „Das stimmt nicht, Pastor Moritzen“, sagte er freundlich, „denn Sie haben mich getauft.“ „Das mag sein, aber Sie haben sich seitdem sehr verändert.“ Solche freimütige und frische Art ist es, die ich immer an den Gemeindegliedern dort geliebt habe, die meine Frau immer wieder bewundert hat.

Es gab noch einen zweiten Gottesdienst. Ich war zu einer Predigt aufgefordert, aber habe mich auf ein kürzeres Grußwort beschränkt. Meine sprachliche Korrektheit, die mir gefährdet erschien, machte mich vorsichtig. Aber ich freute mich doch, die Gemeinde begrüßen zu dürfen und nannte ganz unbefangen einzelne Namen, Gruppen und Häuser. Ich hatte den Eindruck, daß ich wohl (wie man heute sagt) bei den „Hörern“ ankam.

Auch bei dem Frühstück, bei dem zahlreiche Reden gehalten wurden, wurde mir sozusagen von den Amtsbrüdern das Wort erteilt. Ich weiß nicht mehr genau, was ich sagte, es war improvisiert. Außer dem Dank für die Einladung war wenig zu sagen. Ich meine, daß ich darauf hinwies, daß ich in der bösen Zeit nicht nur die alltäglichen Dinge mit dem alltäglichen Gespräch geteilt habe; wenn man mit Menschen bei besonderer Gelegenheit gebetet und vielleicht geweint hat, ist es ja begreiflich, daß man sich zu solchen Erinnerungen hingezogen fühlt. Mein korrektes Dänisch war m. W. nicht weit her, wenn auch Frau Noack mich begrüßte und meinte, ich spräche (udmærket) ausgezeichnet.

*

An dem Tage sprach mich Bischof Noack darauf an, was ich dazu sage, daß mein Sohn vielleicht Pastor in der dänischen Volkskirche würde. Ich sagte: „Herr Bischof, davon weiß ich erst gerüchtweise seit gestern; ich glaube sagen zu können, er wird versuchen, ein Mann der Kirche zu sein, nichts anderes.“ Der allgemein zugängliche festliche Abend im gleichen Versammlungshaus mit dem echt dänischen „Kaffebord“ trug ein volkstümliches Gepräge. Hier wurden noch Familienerinnerungen an die Einweihung 1854 wach, heitere Erinnerungen von dem lustigen Verkauf von Eintrittskarten. Eine Dame, wenn ich nicht irre, hieß sie Frau Oberstinde Brenneke, gab persönliche Erinnerungen ihrer Urgroßmutter zum besten. Diese war Pastorenfrau in Oxenwatt gewesen und hatte die Pflicht, resp. ehrenvolle Aufgabe gehabt, den König und seine Gattin als Mittagsgäste mit ihrem Gefolge zu bewirten. Frau Brenneke berichtete, wie eine plötzliche

Umorganisation des Königs das Mittagessen nach Rödning zu der damals neu entstandenen „Højskole“ verlegte. Mit Interesse verfolgte man den Bericht über ihre tatkräftige Ahne, die kurz entschlossen ihr ganzes Diner auf Bauernwagen verlud und nach Rödning übersiedelte; dort war die Tochter der tatkräftigen Frau in der betreffenden Schule tätig. Die Ahne hatte vom König ein goldenes Armband erhalten, von dem Frau B. sagte, es sei, wie so vieles hier unten, verlorengegangen.

Im Laufe des Abends konnte ich mich nicht enthalten, der Rednerin eine Legende aus Jels zu erzählen. Zwei Sessel waren beschafft worden für das königl. Paar. Sie gehörten heute zu verschiedenen Haushalten, und ständig ginge der Streit: meiner ist der „Königssessel“, nein, meiner ist es, deiner ist der „Gräfinssessel“. Ich wußte damals nicht, was mir nachher eine fleißige Lektüre eingetragen hat, daß von den beiden Hohen Herrschaften doch gewiß die Gräfin Danner geb. Rasmussen die menschlich wertvollere gegenüber dem wohl liebenswürdigen, aber stark psychopathischen König war.

Abschiednehmen und Wiederkommen

habe ich als Überschrift gesetzt. Es ist nur teilweise richtig. An eine Wiederkehr, analog dem, was früher war, habe ich nie gedacht. Ich bin dankbar für die Wiederkehr, die mir in der oben beschriebenen Weise vergönnt war, und auch für den Dienst, den mein Sohn als erster Pastor, vom Süden herkommend, in der dänischen Volkskirche tat.

NEUE SCHLESWIGSCHE LITERATURBRIEFE

3 / 1975

HANS-JÜRGEN NISSEN

*Statt vor dem Spiegel
den gespannten Bauch zu betrachten ...*

*2 Liter Knochenbrühe, Wasser oder Gemüsewasser, 40 g Butter, 80 g Mehl, Salz.
Zubereitung: Die Butter wird geschmolzen, das Mehl mit der Butter verrührt, nach
und nach ein Viertel Brühe hinzugefügt, alles 10 Minuten miteinander gekocht, die
übrige Brühe nachgegeben, aufgekocht und mit Salz abgeschmeckt.*

So steht's in der Ausgabe von 1949.

*Wacht auf, denn eure Träume sind schlecht! Bleibt wach, weil das Entsetzliche
näher kommt!*

*... Wacht darüber, daß eure Herzen nicht leer sind, wenn mit der Leere eurer
Herzen gerechnet wird!*

*Tut das Unnütze, singt die Lieder, die man aus eurem Mund nicht erwartet! Seid
unbequem, seid Sand, nicht das Öl im Getriebe der Welt!*

So steht's zu lesen wenige Jahre später.

*

Ella Orth und Günter Eich in einem Rezeptbuch vereinigt? Wohl kaum. Frau Orth gibt uns Hilfestellung bei der Zubereitung einer „hellen Grundsuppe“ und macht aus uns gute Hausgehilfen; Herr Eich dagegen weist uns auf ein Verhalten hin, das uns zu guten Bürgern macht. Die vier Wände der Küche werden zum Raum der Gesellschaft.

Frau Orth war ehemals Vorsteherin einer landwirtschaftlichen Haushaltsschule; Herr Eich war Hörspielautor und Lyriker. Ella Orth hat ein angesehenes und viel gerühmtes Kochbuch geschrieben, Günter Eich böse und bedeutende Gedichte. Für kurzgesteckte Ziele — meinen Hunger zu befriedigen, einen Sättigungsgrad zu erlangen — würde ich Frau Orth den Vorzug geben. Immerhin hat sie mich darauf aufmerksam gemacht, daß eine „helle Grundsuppe“ durch weitere Zutaten variiert werden kann. Zur Erhaltung des Alltags mal so oder so. Ich weiß jetzt, wie man sie macht. Richte ich mich nach dem einfachen Rezept, dann müßte mir auf Anhieb die Herstellung einer solchen Suppe auf unkomplizierte Art jedesmal gelingen. Meinen unmittelbaren Bedarf habe ich zu decken gelernt. Was aber

habe ich nun von Herrn Eich? Auch eine Art Rezept, gewiß. Doch es fehlen die Angaben über Maß und Gewicht. Was ich zu tun habe, das erkenne ich allemal; aber wie ich „Sand im Getriebe“ sein könnte, das wird mir nicht verraten. Er fordert mich auf, die Welt wachsam zu beurteilen, mich nicht einzuschließen, der Ordnung zu mißtrauen, wenn sie sich als Macht gebärdet, und die Zeichen der Zeit zu deuten.

Er bedeutet mir, den angenehmen Schlaf nach der Vorspeise und dem Hauptgericht auszulassen: „... Oh, angenehmer Schlaf, wenn der Braten fett war und das Gemüse zart.“ Er rät ab von dem Ferienaufenthalt im Leben mit Vollpension.

In den vergangenen drei Jahren haben wir uns im Unterricht nicht mit Kochrezepten und Gebrauchsanweisungen abgegeben. Wir haben uns vielmehr darum bemüht, anhand der Literatur dem Leben einige Klarheit abzugewinnen, Haltungen zu identifizieren, Wahrheiten zu überprüfen, ein Bild vom Menschen zu skizzieren — aber auch mit uns selbst ins Gericht zu gehen. Denn hinter jeder wahren Dichtung, die das Menschliche in all seinen Formen zeigt, erscheint dann letztlich das verbindliche und unzerstörbare wahre Bild vom Menschen, das unsere Welt trägt und lebenswert macht.

In der Literatur erkennen wir uns selbst und auch den anderen Menschen. Wir erkennen, wie gebunden wir sind an unser eigenes Ich. Immer wieder versuchen wir, aus uns selbst herauszugehen und einem anderen Menschen hinter Worten, die zwischen uns stehen, zu begegnen. Alle haben wir die Erfahrung gemacht, daß diese Begegnungen eines der großen Probleme unseres Daseins sind. Wir erleben Mißverständnisse und können in einen anderen Menschen nicht hineinblicken. Wir kennen uns selbst wenig und den anderen am wenigsten. Was wir erfahren, möchten wir mitteilen, ein wenig davon anderen preisgeben. Und immer wieder werden wir nicht so verstanden, wie wir uns selbst verstanden haben möchten. Dieses Spiel zwischen Mensch und Mensch ist das große Thema der Literatur.

Wir erkennen uns in ihr, aber nicht so, daß wir uns ein Rezept abschreiben könnten: hier die Zutaten, dort die Zubereitung. Das Leben beliefert uns nicht mit Fertiggerichten. Das Rezept müssen wir durch Erfahrung selbst erstellen. Das Wort der Dichtung hebt uns aus dem Augenblick heraus, in dem wir die Lösungen auf unsere Fragen nicht erkennen können. Dichtung weist über sich hinaus auf eine Gemeinschaft, in der alle Einzelfragen zu einer großen Frage geballt werden: Wer und was sind wir? Die Dichtung besitzt die Fähigkeit, „der Wahrheit nachzugehen ohne Rücksicht auf Nutzen und Schaden und Gerechtigkeit zu erstreben sogar wieder praktische Vernunft“ (Heinrich Mann). Praktische Vernunft lehrt uns Frau Orth — „fetten Braten und zartes Gemüse“ zuzubereiten, das Wohlbehagen als den Mittelpunkt unseres Lebens zu betrachten. Mit ihren

Rezepten lassen sich die Probleme des Küchzettels lösen. Das Wort der Dichtung aber ist unbequem. Daher fürchtet die Macht auch nichts mehr als die Macht des Wortes. Ihr hat sie nur ein Mittel entgegenzustellen: die brutale Gewalt. Wo der Dichter sich nicht korrumpieren läßt, dort schweigt man ihn tot oder vertreibt ihn. In der Emigration schreibt die Wahrheit aber weiter mit der Macht des Wortes, unzerstörbar und immer wieder bereit, das Wagnis einzugehen, sich zu äußern.

Wir lesen, was sich Dichtung und Literatur nennt, weil wir unser eigenes Leben formen möchten nach der Wahrheit, aber auch, weil wir es formen müssen, um nicht willenlose Opfer zu werden. Wir lesen keine Rezepte mit handfesten Anweisungen, sondern Texte, durch die wir manchmal zur schmerzlichen Erkenntnis gelangen, daß wir auf uns selbst zurückgeworfen werden. In der Literatur finden wir aber auch, was uns aus unserer Begrenzung und Beschränkung hinausweist auf ein uns allen verbindliches Menschenbild: daß wir von Wert sind, wenn wir der Bosheit entgegentreten. Daher ist die Literaturbetrachtung in der Schule auch nur ein Teilabschnitt unseres Lebens. Sie ist erst der Anfang, die Vorspeise, die Appetit macht, das Bild, das wir vom Menschen gewinnen wollen, weiterhin zu vervollständigen.

Wir müssen ohne Rezept auskommen, aber die Literatur hält für uns die Möglichkeit offen, uns selbst und den anderen Menschen zu erkennen, wie es der Alltag nicht vermag. In ihr wird der Alltag reflektiert: Statt vor dem Spiegel den gespannten Bauch zu betrachten, sollten wir das Unbehagen, das uns die Literatur vorsetzt, zu uns nehmen.

Rede zur Entlassung der Abiturienten 1974 des Deutschen Gymnasiums Apenrade